

## Die 'Nationale Sicherheit' Rußlands und die Rolle des Westens

Knabe, Bernd

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Knabe, B. (1997). *Die 'Nationale Sicherheit' Rußlands und die Rolle des Westens*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 55/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47253>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Die "Nationale Sicherheit" Rußlands und die Rolle des Westens

### **Zusammenfassung**

Nach jahrelangen Vorbereitungen war es der Führung Rußlands im Mai 1997 gelungen, den Entwurf einer "Konzeption der nationalen Sicherheit" von den Mitgliedern des Sicherheitsrates gutheißen zu lassen. Erst am 17. Dezember hat Präsident Jelzin das Dokument unterzeichnet. Für diese Verzögerung können die zur Abgabe von Stellungnahmen aufgeforderten Ministerien, aber auch neue Unsicherheiten in der Führung über Grundprinzipien der "nationalen Sicherheit", insbesondere über die künftige Rolle Rußlands in der Welt, verantwortlich sein. Die mit der Verabschiedung des neuen Religionsgesetzes nun auch unzweideutig gestärkte Rolle der Orthodoxen Kirche im staatlichen und gesellschaftlichen System Rußlands sowie Ankündigungen eines beabsichtigten härteren Vorgehens gegen jede Form von "politischem Extremismus" lassen auf neue Koordinaten in der Innenpolitik schließen. Nicht zu übersehen sind daneben Hinweise auf ein neues Selbstbewußtsein gegenüber dem westlichen Ausland – Umfang und Formen der von dort gewährten Hilfe und Einflußnahme werden zunehmend auch von regierungsnahen Medien in Frage gestellt. Mit konkreten Inhalten und ihrer Relevanz wird sich eine weitere "Aktuelle Analyse" befassen.

### **Die "Konzeption der nationalen Sicherheit"**

Auf dem Höhepunkt des Perestrojka-Kurses des damaligen Generalsekretärs der KPdSU, M. Gorbatschow, erhielt 1989 eine Kommission des Obersten Sowjet der UdSSR die Aufgabe, eine erste "Konzeption der nationalen Sicherheit der Sowjetunion" auszuarbeiten, die die Einbindung der Sowjetunion in die allgemeine Staatengemeinschaft und den Primat der "allgemeinmenschlichen Werte" – gegenüber den bislang dominierenden Klasseninteressen – festschreiben sollte. Wie der damalige Leiter dieser Kommission, der jetzige Botschafter Rußlands in Frankreich, Ju. Ryshow, in einem kürzlich geführten Interview mitteilte, standen seinerzeit als Prioritäten "die Verteidigung der Rechte und der Sicherheit" des Individuums und der Gesellschaft im Vordergrund; die Lösung dieser Aufgabe wurde als Voraussetzung für die Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft verstanden. Erst an dritter Stelle sollten nach dieser Konzeption die "Sicherheit und Stabilität des Staates" stehen. Nach Darstellung von Ryshow sind diese Arbeiten 1990 eingestellt worden, hätten aber die Voraussetzungen für die Einrichtung des "Lageraums" geschaffen, dessen Experten der Führung begründete Empfehlungen für sicherheitsrelevante Entscheidungen vorschlagen konnten.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Obščaja gazeta, Nr. 32/1997, S. 6.

Nach 1991 haben sowohl die KP-Führung als auch etwas später die Regierung Rußlands mehrere Entwürfe einer solchen "Konzeption" vorgelegt. In welchem Umfang die angeblich etwa 15 Entwürfe, die im Umfeld des Sicherheitsrates ausgearbeitet worden sein sollen, bei der im April 1996 veröffentlichten "Politik der nationalen Sicherheit für den Zeitraum von 1996 bis 2000" berücksichtigt worden sind, läßt sich nicht nachvollziehen. Erst nach der Jahresbotschaft Jelzins für die Föderalversammlung über "Fragen der nationalen Sicherheit" (Juni 1996) und nach dem zweiten Gang der Präsidentenwahl hat sich der Sicherheitsrat wieder intensiv damit befaßt, wobei besonders I. Rybkin seit Oktober 1996 für ein zügiges Tempo gesorgt haben soll.<sup>2</sup> Dabei distanzieren sich die Verantwortlichen von der zunächst beabsichtigten Methode, auf der Basis einer Synthese vorliegender Doktrinen eine Gesamtkonzeption der nationalen Sicherheit zu erarbeiten. Vielmehr wurde jetzt postuliert, daß nach Vorlage einer Konzeption die einzelnen Doktrinen ausgearbeitet werden sollten.<sup>3</sup>

Unmittelbar vor Verabschiedung der "Konzeption der nationalen Sicherheit" stellte Jelzin am 7. Mai 1997 einige Punkte als besonders wichtig heraus:<sup>4</sup>

- Mit Hilfe dieses Dokuments soll die Gesellschaft "auf der Grundlage der fundamentalen nationalen Interessen und Werte" konsolidiert werden.
- Die Konzeption soll "die Ziele und die Strategie der Gewährleistung der Sicherheit der einzelnen Menschen, der Gesellschaft und des Staates insgesamt festlegen".
- Die Konzeption soll den "Weg in die Zukunft" weisen.
- Die Konzeption soll nicht nur für "Einvernehmen zwischen den Behörden", sondern auch "zwischen den verschiedenen politischen Kräften" sorgen.
- Im Interesse von Staat und Gesellschaft müsse ein "einheitliches Verständnis der nationalen Interessen und Werte, der Gefahren und Bedrohungen sowie der Formen und Arten ihrer Vermeidung" erreicht werden.

Diese Auflistung verdeutlicht, daß Präsident Jelzin mit der Konzeption sehr hohe Erwartungen verbunden hat. Im Grunde sollte sie den wesentlichen Inhalt der seit Mitte 1996 gesuchten neuen "nationalen Idee" vorwegnehmen, eine verbindliche Orientierung für das Agieren staatlicher Organe und gesellschaftlicher Gruppen schaffen und sogar eine Zukunftsvision enthalten. Letztlich dürfte der Versuch dahinter stehen, durch Beschwörung allgemeiner Harmonie das vorhandene Konfliktpotential wesentlich zu reduzieren.

In einer Erklärung des Pressedienstes des Sicherheitsrates wurden nach erfolgter Billigung der Konzeption praxisorientierte Funktionen in den Vordergrund gestellt. Es wurde auf folgende Punkte hingewiesen:<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Vgl. B. Knabe, Sjuganows "Konzeption der nationalen Sicherheit", Aktuelle Analysen des BIOst Nr. 32/1996; Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung "Konzeption der nationalen Sicherheit" in: Nezavisimaja gazeta, 14.6.1996, S. 7f. (Zusammenfassung in: Fernseh- und Hörfunkspiegel Ausland des Bundespresseamtes – im folgenden als FHA – Nr. 121 vom 26.6.1996, S. 14-16.) Auf "etwa 15 Entwürfe" hat N. Kruglov hingewiesen (Vek, Nr. 20/1997, S. 5).

<sup>3</sup> Die geänderte Strategie der Abfolge von separaten Doktrinen und der allgemeinen Konzeption hat I. Rybkin konstatiert: Kommersant daily, 8.5.1997. Außer der seit 1995 zunehmend als obsolet eingestuften Militärdoktrin (von 1993) waren im September 1995 ein Grundsatzdokument "Der strategische Kurs Rußlands gegenüber den Mitgliedstaaten der GUS" (kspress-zakon, Nr. 46/1995, S. 82ff.) und im April 1996 die "Strategie der ökonomischen Sicherheit der Russischen Föderation" (Rossijskaja gazeta, 14.5.1996) fertiggestellt worden. Nach Darstellung des Pressedienstes des Sicherheitsrates sollen auf der Basis der im Mai 1997 fertiggestellten Konzeption ausgearbeitet werden "in erster Linie die Militärdoktrin ... sowie Doktrinen in den Bereichen Wirtschaft, Ökologie, Technologie, Energie, Finanzen, Lebensmittel, Informationssicherheit u.a." (FHA Nr. 87 vom 9.5.1997, S. 28). I. Zubov, stellvertretender Stabschef des Innenministeriums, machte die "Konzeption" zur Voraussetzung der Erarbeitung einer Doktrin des Kampfes gegen das Verbrechen (Vek, Nr. 20/1997, S. 5).

<sup>4</sup> Interfax-Meldung vom 7.5.1997, in: FHA Nr. 87 vom 9.5.1997, S. 24f.

<sup>5</sup> ITAR-TASS-Meldung vom 7.5.1997, in: FHA Nr. 87 vom 9.5.1997, S. 28.

- Die Konzeption definiert "heute und langfristig" die Prioritäten der nationalen Interessen des Landes.
- Auf der Basis der fixierten Strategie wird sich Rußland gegen "innere und äußere Bedrohungen im militärisch-politischen, wirtschaftlichen, internationalen und anderen Bereichen" zur Wehr setzen.
- Bei der Umstrukturierung des nationalen Sicherheitssystems werden die "gegenwärtigen schwierigen Realitäten der internationalen Lage, die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes und das allgemeine Entwicklungsniveau der Gesellschaft" zugrunde gelegt.
- Dieses System spiegelt die heutigen und zukünftigen Sicherheitsprioritäten wider; mit seiner Hilfe werden "für die Sicherheit Rußlands entstehende Gefahren" verhindert bzw. beseitigt.

Rybkin selbst hat die Bestimmung der "Konzeption" noch deutlicher definiert – sie sollte "die ideologische Grundlage des staatlichen Aufbaus und der staatlichen Politik der Russischen Föderation" darstellen. Da alle offiziellen Kommentare zur Konzeption in diese Richtung gehen, ist festzuhalten, daß der ursprüngliche Gedanke, den einzelnen Bürger und gesellschaftliche Interessengruppen – wie dies auch die Verfassung vorsieht – in den Vordergrund zu stellen, an Bedeutung verloren hat; er dient wohl nur noch als Kolorit und soll in dieser Funktion Kritik möglichst ausschließen. Freilich ist der praktische Nutzen nicht in Vergessenheit geraten. Es sollen "Risikozonen" definiert und kritische "Schwellenwerte" bestimmt werden; ein zuverlässiges "Monitoring" soll rechtzeitig Alarm auslösen, wenn die nationale Sicherheit in einem Bereich bedroht ist. Entsprechende Parameter sollen bei Prognosen der sozioökonomischen Entwicklung sowie bei der Budgetplanung berücksichtigt werden.<sup>6</sup>

Über die vier Hauptabschnitte ist folgendes bekannt geworden:<sup>7</sup>

1. "Rußland in der Weltgemeinschaft" skizziert die Haupttendenzen der gegenwärtigen geopolitischen und geostrategischen Prozesse und die bei der Herausbildung einer multipolaren Welt entstehenden Probleme; beschrieben werden die Rolle und der Platz Rußlands, sein Einfluß auf den Gang der globalen Prozesse.
2. Der Abschnitt "System der nationalen Interessen und Ziele Rußlands" sowie die zu ihrer Realisierung zu lösenden Aufgaben analysiert die Lage in den Bereichen Ökonomie, Innenpolitik, Außenpolitik und Verteidigung, Geistiges Leben und Kultur, Ökologie u.s.w. Die wesentlichen Interessen des Individuums, der Gesellschaft und des Staates werden jeweils als Gesamtheit betrachtet, und es wird eine Aufzählung der wichtigsten nationalen Interessen vorgenommen, z.B.:
  - die territoriale Unversehrtheit
  - der föderale Staatsaufbau
  - eine demokratische Entwicklung
  - die Herbeiführung eines "Bürgerfriedens" und der nationalen Verständigung.
3. Bei den "Bedrohungen der nationalen Sicherheit" wird als Maßstab der jeweilige Umfang ihres negativen Einwirkens auf Gesellschaft und Staat zugrunde gelegt. Als gegenwärtig größte Bedrohung wird die wirtschaftliche Lage des Landes dargestellt.
4. Der Abschnitt über die "Gewährleistung der nationalen Sicherheit" sei der wichtigste Abschnitt: es handele sich dabei um "Hauptrichtungen und Maßnahmen zur praktischen Gewährleistung der nationalen Sicherheit in allen Sphären".

Einige Stellungnahmen zur "nationalen Sicherheitskonzeption" verdeutlichen die damit zusammenhängenden Probleme. Außenminister Je. Primakow sprach sich im Spätsommer 1997 sogar prinzipiell gegen eine Konzeption in der beabsichtigten Form aus – sie könne sich nur organisch als Summe von

<sup>6</sup> I. Rybkin in: Nezavisimaja gazeta, 29.4.1997, S. 2 und R. Koževnikov in: Vek, Nr. 20/1997, S. 5.

<sup>7</sup> Skizzierung der Abschnitte durch Ju. Krokunov (Vek, Nr. 20/1997, S. 5).

Doktrinen in relevanten Bereichen ergeben, unverzichtbar sei eine elastische Innen- und Außenpolitik, wie sie vor 1917 betrieben worden sei. A. Galkin und Ju. Krasin weisen auf das Spannungsverhältnis zwischen staatlichen und nationalen Interessen hin – eine "Konzeption der nationalen Sicherheit" müßte nach ihrem Verständnis von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert werden. Nach ihrer Überzeugung müssen bei der Herausarbeitung "nationaler Interessen" gegenwärtig und auch auf absehbare Zeit bewährte "alte Vorstellungen" berücksichtigt werden, da es bisher keine "globale bürgerliche Gesellschaft" als Voraussetzung für die Schaffung einer authentischen "demokratischen Weltordnung" gebe; erst langsam könnten bei der Fixierung nationaler Interessen auch Interessen anderer Länder und der Weltgemeinschaft berücksichtigt werden.<sup>8</sup>

### **"Nationale Sicherheit" und "nationale Idee"**

Nachdem Präsident Jelzin im Sommer 1996 die Bewohner Rußlands zur Suche nach einer neuen "nationalen Idee" aufgerufen hat und sogar ein landesweiter Wettbewerb ausgeschrieben worden ist, läßt sich Ende 1997 zwar eine Vielzahl von Publikationen und Stellungnahmen konstatieren, doch scheint man von dem gewünschten Ziel immer noch weit entfernt. Eine große Rolle wird in diesem Kontext sicher die moralische und geistige Wiedergeburt der Menschen in Rußland spielen, nicht zuletzt in nationaler und religiöser Hinsicht. Die nach jahrelangen Diskussionen im September 1997 angenommene Fassung des Religionsgesetzes schreibt die dominierende Rolle der Orthodoxen Kirche in der Gesellschaft Rußlands fest.<sup>9</sup> Während auch andere traditionellen Konfessionen ihren Status im wesentlichen bewahren konnten, beklagen sich Vertreter neuerer Glaubensgemeinschaften über verschiedene Diskriminierungen. Über den zunehmenden Einfluß des Patriarchats äußerte sich in einem Zeitungsartikel der Journalist M. Gawrilow, für den das Religionsgesetz nun auch "das juristische Zusammenwachsen von kirchlicher und weltlicher Nomenklatura" bedeutet: "Das Patriarchat erhält direkte und indirekte Dotationen vom Staat, die orthodoxe Geistlichkeit hat den Platz der früheren Parteiorganisatoren in der Beamtenhierarchie, der Kommissare in der Armee und der Pionierleiter in den Schulen eingenommen. In fast 30 Föderationssubjekten ... gibt es eigene (nicht mit der Verfassung zu vereinbarende) Gesetze, die die Rechte Andersgläubiger noch stärker einschränken". Gawrilow weist darauf hin, daß in Moskauer Krankenhäusern ein Hilfsdienst für "Sektenopfer" eingerichtet wird und daß mit einem föderalen Gesetzentwurf der Zugang zu Krankenhäusern nur noch Vertretern der vier traditionellen Konfessionen ermöglicht werden soll.<sup>10</sup>

Die während der letzten Jahre mit dem politischen Extremismus in Rußland gemachten Erfahrungen führten Ende Oktober 1997 zur Einsetzung einer "Kommission beim Präsidenten zum Vorgehen gegen den politischen Extremismus".<sup>11</sup> Obwohl sie nur den Status eines Beratungsorgans hat, können ihre Beschlüsse in Form von Ukasen und Anordnungen des Präsidenten relativ rasch und nachhaltig umgesetzt werden. Der Vorsitzende dieser Kommission, Justizminister S. Stepaschin, hat deutlich gemacht, daß er die Kompetenzen dieser Kommission umfassend nutzen möchte. Beispielsweise sollte nach seinen Vorstellungen auch das Justizministerium für die Zulassung von Massenmedien zuständig sein. Die Gerichte sollten sich in Zukunft stärker mit Extremisten befassen. Stepaschin meinte in diesem Zusammenhang: "Präzedenzfälle (für Anklagen wegen Extremismus – B.K.) hat es bislang nicht gegeben, aber ich werde sie schaffen. Das werden öffentliche gerichtliche Untersuchungen sein, damit alle verstehen, was und warum wir dies tun." Nach dem Parteiengesetz müssen sich alle Parteien und Organisationen bis Ende 1998 erneut registrieren lassen; Justizbeamte werden sich aufgrund von "Feldbeobachtungen" einen Eindruck davon verschaffen, ob das Auftreten von Organisationen mit ihren satzungsmäßigen Zielen übereinstimmt. Bei begründeten Zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit einer Organisation kann das Justizministerium die Annullierung der

<sup>8</sup> Votum von Primakov in: Obščaja gazeta, Nr. 32/1997, S. 6; Galkin und Krasin in: Obozrevatel', Nr. 3-4/1997, S. 81-84.

<sup>9</sup> Gesetz "Über Gewissensfreiheit und über religiöse Vereinigungen", Nezavisimaja gazeta, 20.9.1997, S. 2 (vgl. auch NZZ, 20./21.9.1997, S. 2).

<sup>10</sup> Obščaja gazeta, Nr. 42/1997, S. 5.

<sup>11</sup> Satzung und personelle Zusammensetzung der "Kommission" in: Rossijskaja gazeta, 30.10. 1997.

Registrierung einer Organisation beantragen.<sup>12</sup> Die Stellung von Verfassung und Verfassungsgericht sowie allgemein der Zustand des Rechtswesens berechtigen nicht zu der Hoffnung, daß die Aktivitäten der "Extremismus-Kommission" zur Festigung demokratischer Strukturen beitragen werden.

### **Infragestellung der westlichen Hilfe**

Nachdem während der letzten Jahre vorwiegend kommunistische und nationalistische Vertreter bzw. Medien aus ihrer kritischen bis ablehnenden Haltung gegenüber verschiedenen Formen westlicher Hilfe kein Hehl gemacht hatten, lassen sich inzwischen zunehmend vergleichbare Formulierungen auch in regierungsnahen Quellen finden. Bislang ist freilich von einer ambivalenten oder "dialektischen" Handhabung dieser Thematik auszugehen, wenn man sich beispielsweise die gegenüber Bundeskanzler Kohl geäußerte Bitte Jelzins um die Befürwortung weiterer Kredite an Rußland oder die Annahme der Winterhilfe des Internationalen Roten Kreuzes durch die russische Führung vergegenwärtigt.<sup>13</sup> Mitunter wird lediglich der zu geringe Umfang westlicher Hilfe moniert. So heißt es in einem Kommentar der regierungsamtlichen "Rossijskaja gazeta" zu dem – weitgehend chaotisch und ergebnislos verlaufenem – GUS-Gipfel in Chi<sup>o</sup>inãu (Oktober 1997):<sup>14</sup> "Es hat eine große – nüchterne Überlegungen ausschließende – Hoffnung gegeben, daß die entwickelten westlichen Länder helfen werden, die in den früheren Sowjetrepubliken aufgehäuften Probleme zu lösen. Aber am Ende des sechsten Jahres der Souveränität hat sich herausgestellt, daß der Westen entweder dazu nicht in der Lage ist, oder es einfach nicht will – er hat eigene ökonomische und politische Ziele. Der Westen hat sogar das Baltikum praktisch seinem ökonomischen Schicksal überlassen...".

In einem Mitte 1997 in der Wochenzeitung der russischen Wirtschaft veröffentlichten Überblick skizzieren zwei russische Journalisten konfliktträchtige Situationen, die gegenwärtig für Aktivitäten westlicher Berater in Rußland typisch sein sollen.<sup>15</sup>

- Von den seit Anfang der neunziger Jahre von der russischen Regierung eingeladenen Wirtschaftsexperten seien nur wenige geblieben – wenn doch, so werde auf ihren Rat kaum gehört; dies liege wohl daran, daß sie nicht verstanden hätten, daß ein "'russisches' Modell des Kapitalismus" benötigt werde.
- Viele staatliche und nichtstaatliche Organisationen des Auslandes stellten großzügige Kredite und Stipendien für russische Organisationen bereit. Bei den entsprechenden Vereinbarungen werde meist die fehlende Transparenz des Empfängers und der Zugang des Geldgebers zur Lösung anstehender Probleme in Kauf genommen. Eine Reihe von Organisationen in Rußland existierten teilweise oder ausschließlich mit Geldern ausländischer Investoren – beispielsweise die "Föderale Kommission für den Wertpapiermarkt", "die immer wieder bei Skandalen genannt werde, die mit Wertpapieren zu tun hätten".
- Eine besondere Rolle spielten Consultingfirmen, die sich um die Gewinnung ausländischer Investitionen bemühten. Eine Firma, die sich zumeist für einen gewissen Zeitraum von ihrem Mutterkonzern getrennt habe, erhalte von der Weltbank oder vom IMF Mittel zur Untersuchung der Erfolgsaussichten bestimmter Investitionen. Ein in Frankreich bei einer solchen Firma tätiger Russe äußerte dazu: "Niemand möchte ein Risiko eingehen und Gelder in zweifelhafte Projekte investieren. Es ist angenehmer, die Mittel auszugeben und das Projekt als aussichtslos zu bezeichnen."
- Mitunter würden Ausrüstungen vorgeführt, deren Import dann aber außerordentlich teuer sei. So habe kürzlich die Moskauer Vertretung der Energiekommission der Europäischen Union

<sup>12</sup> Izvestija, 12.11.1997, S. 2; Moskovskie novosti, Nr. 45/1997, S. 10; Rossijskaja gazeta, 18.11.1997, S. 1, 3.

<sup>13</sup> Obščaja gazeta, Nr. 41/1997 und Süddeutsche Zeitung, 13.10.1997, S. 2.

<sup>14</sup> Rossijskaja gazeta, 31.10.1997, S. 7.

<sup>15</sup> Vek, Nr. 24/1997.

Ausrüstungen zur Optimierung des Brennkesselbetriebs vorgeführt, dann die Anlage wieder abgebaut und lediglich die Adresse des potentiellen Lieferanten hinterlassen.

Unter der Rubrik "Hilft uns das Ausland?" berichtete die Regierungszeitung "Rossijskaja gazeta" über Interna der in Rußland tätigen Stiftungen, wobei sie ihre Kritik an dem in Petersburg tätigen politologischen Zentrum "Strategija" festmachte.<sup>16</sup> Drei namentlich genannten Wissenschaftlern, die sich in Parteien bzw. in der Stadtverwaltung engagiert haben, wird der Vorwurf gemacht, sie wollten westliche Modelle auf Rußland übertragen – ihre Instruktionen erhielten sie vom Generalkonsulat der USA und

---

<sup>16</sup> Rossijskaja gazeta, 30.10.1997.

von einem CIA-Agenten. Daß das Zentrum umfangreiche Mittel aus dem TACIS-Programm erhalten habe, sei auf eine Reihe von "Sponsoren" der Einrichtung in der Duma und im Präsidentenrat zurückzuführen, wobei P. Filippov namentlich erwähnt wird. Die westlichen Geldgeber würden in Kauf nehmen, daß sich die Leiter des Zentrums unmäßig bereicherten. Am Schluß des Berichts wird behauptet, ähnlich unerfreuliche Schlußfolgerungen seien aus der Arbeit anderer Stiftungen zu ziehen, wobei als Beispiele die Soros- und die Fordstiftung sowie "Eurasia" genannt werden. Der Verfasser erhebt deshalb die Forderung, daß die "demokratische Bildung" aus Budgetmitteln und auf der Grundlage der Ergebnisse echter Ausschreibungen erfolgen müsse.

In einem Artikel über den "Nützlichkeitskoeffizienten westlicher Hilfe", der im August 1997 in der bereits erwähnten Geschäftszeitung "Vek" erschien, wird im Untertitel postuliert: "Weder die Milliardenkredite noch die Armee von Beratern haben unsere Reformen vorangebracht."<sup>17</sup> Ausführlich wird ein Artikel in der "Weltwoche" wiedergegeben, den Jochen Wermuth verfaßt hat. Einleitend wird erwähnt, daß Wermuth über vier Jahre eine Expertengruppe geleitet habe, die das Finanzministerium Rußlands beraten habe. Westliche Kredite seien bislang nahezu ausschließlich zur Begleichung früherer sowjetischer Schulden verwendet worden – "auf die Durchführung und Beschleunigung der Wirtschaftsreformen haben sie sich nicht ausgewirkt". 95% der als "technische Hilfe" bereitgestellten Mittel würden für die Honorare amerikanischer und westeuropäischer Berater ausgegeben, die sich meist nur wenige Tage in Rußland aufhielten. In wirklich wichtigen Bereichen, wie der Steuer- und Haushaltsgesetzgebung, hätten ausländische Experten keine Beiträge geleistet. Hilfreicher sei, Importzölle für russische Produkte zu senken, den Reiseverkehr in westliche Richtung zu erleichtern und junge russische Fachleute im Ausland fortzubilden.

## **Einschätzung**

Die anfangs erwähnte Unsicherheit in der russischen Führung, die sich fraglos auch auf das langsame Tempo der Genese der "Sicherheitskonzeption" ausgewirkt hat, hängt sicher damit zusammen, daß man sich in Moskau noch nicht über den künftigen Platz Rußlands in der Weltpolitik des 21. Jahrhunderts klar ist. Man sieht die Nord-Süd-Konfrontation, die zum einen auf die Allianz der entwickelten Industrieländer, zum anderen auf den zunehmenden islamischen Einfluß zurückgeführt wird, und den westlichen "Kurs auf Hinausdrängen Rußlands aus Europa". Westliche Absagen an die zahlreichen Vorschläge Rußlands zur Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems veranlaßten W. Larionow, der früher an der Akademie des Generalstabs unterrichtet hat, seine Überlegungen zu diesem Thema mit der Frage, ob denn der "Kalte Krieg" wirklich beendet sei, zu überschreiben. Andere Ausführungen stellen dagegen innerrussische Probleme in den Vordergrund – sie verhinderten die Festlegung auf konsensfähige nationale Interessen. Dabei wird meist die Gefahr eines Zerfalls der Russischen Föderation beschworen. Für den russischen Botschafter in Frankreich Ju. Ryschow ist dagegen die Hauptgefahr für das Rußland von heute der Zustand der russischen Gesellschaft schlechthin, sie sei noch sehr weit von einer "bürgerlichen Gesellschaft" entfernt.

Bernd Knabe

---

<sup>17</sup> Vek, Nr. 28/1997.